

DER GEGENWÄRTIGE STAND DER GEWINNBETEILIGUNGSDISKUSSION

Die Beteiligungsidee hat heute sowohl in der theoretischen Diskussion als auch in der praktischen Anwendung einen Höhepunkt erreicht wie niemals zuvor. Allein in den letzten drei Jahren wurde die Literatur über diese Fragen um eine ganze Reihe von Büchern und Broschüren sowie mehrere hundert Aufsätze bereichert, überall in den Kursen der Gewerkschaften und der Unternehmer, an den Hochschulen und anderswo beschäftigt man sich mit den Problemen der verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten. Tagungen werden abgehalten und Umfragen über die bisherigen Erfahrungen veranstaltet. Inzwischen gehen immer mehr Betriebe zur praktischen Erprobung irgendeiner Form der Beteiligung über¹⁾.

Um die Bedeutung und die charakteristischen Merkmale der heutigen Situation zu erkennen, sei zunächst die geschichtliche Entwicklung kurz skizziert.

Die Diskussion vor 1945

Der Gedanke, die Arbeitnehmer am Gewinn oder Kapital ihres Betriebes zu beteiligen, hat im Laufe der Zeit manche Wandlungen erfahren. Ziemlich deutlich lassen sich dabei drei Phasen unterscheiden: die erste von den Anfängen bis zum ersten Weltkriege, die zweite während der Zwischenkriegszeit und die dritte nach 1945.

Die Anfänge, soweit sie historisch bekannt sind, datieren aus den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Nachdem die Gewinnbeteiligung zuerst längere Zeit hauptsächlich in Kreisen der deutschen Landwirtschaft erörtert wurde, begannen sich in den sechziger Jahren auch industrielle Unternehmer in stärkerem Maße dafür zu interessieren.

In den siebziger Jahren erreichte die erste Phase der Beteiligungsdiskussion ihren Höhepunkt. Neben der wachsenden praktischen Bedeutung nahmen sich jetzt vor allem die Theoretiker dieser Frage an, so z. B. der Verein für Sozialpolitik, der 1874 vier Gutachten herausbrachte. Auch namhafte Vertreter dieses Vereins, wie *Gustav von Schmoller* und *Adolph Wagner*, traten als Befürworter der Gewinnbeteiligung auf.

In den folgenden Jahrzehnten bis zum ersten Weltkriege flaute die Bedeutung der Beteiligungsidee langsam wieder ab. Ursache hierfür waren die regelmäßigen Konjunkturschwankungen, die jeden Versuch nach einigen Jahren zum Erliegen brachten. Trotzdem leisteten einige sozial fortschrittlich eingestellte Unternehmer Vorbildliches, wie z. B. *Ernst Abbé*, der Begründer der Zeiß-Stiftung, *Heinrich Freese* u. a. Aber dies blieben vereinzelte Experimente. Die Masse der Unternehmer stand dem Beteiligungsgedanken ablehnend gegenüber. Die schärfste Kritik kam von den Gewerkschaften, die in der Gewinnbeteiligung nur eine besonders unerfreuliche Form der Ausbeutung sahen.

Das charakteristische Merkmal der ganzen ersten Phase liegt in der ethischen Zielsetzung. Den Verfechtern der Gewinnbeteiligung ging es um die Lohngerechtigkeit. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß es im 19. Jahrhundert noch keine tarifliche Regelung des Grundlohnes gab. Bezeichnend für die auch heute gelegentlich zu findende Überspitzung der Beteiligungsidee ist die Tatsache, daß bereits 1835 einer ihrer ersten Theoretiker in Deutschland, der Staatswissenschaftler *Robert von Mohl*, hierin den Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage gefunden zu haben glaubte und darum die zwangsweise Einführung der Gewinnbeteiligung durch ein Gesetz forderte.

Nach dem ersten Weltkriege hatten sich die sozialen Verhältnisse wesentlich geändert. Durch das Tarifvertragswesen war zum ersten Male eine gewisse formelle Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital hergestellt. Auf beiden Seiten wuchs das Interesse für die Beteiligungsidee schlagartig. Die Ursachen hierfür waren allerdings recht verschieden.

Unter dem Eindruck der Revolution glaubten manche Unternehmer, durch Gewinn- oder Kapitalbeteiligung das kapitalistische System retten zu können, insbesondere die Gefahr der Sozialisierung abzuwenden. Andere sahen in der Kapitalbeteiligung ein

¹⁾ Vgl. hierzu den Aufsatz des Verfassers über „Gewinnbeteiligungsexperimente in Deutschland“ in Heft 3/1952 dieser Zeitschrift.

geeignetes Mittel, die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für die Industrie zu überwinden, indem sie die Kapitalien der kleinen Einkommensbezieher für sich mobilisierten. Diese Motive verdichteten sich zu einer Reihe von Plänen. Auch die Weimarer Nationalversammlung beschäftigte sich damit und nahm 1920 einen Gesetzesvorschlag zur Kapitalbeteiligung an. Das bekannteste Experiment dieser Zeit war die Kapitalbeteiligung bei der Friedrich Krupp AG in Essen.

Auf der anderen Seite forderten 1920 die Angestellten geeignete Vorschläge für eine Gewinnbeteiligung. Der sozialdemokratische Politiker *Südekum* unterbreitete der Öffentlichkeit einen vielbeachteten Plan zur kollektiven Kapitalbeteiligung. Allgemein standen die Gewerkschaften der Beteiligung skeptisch gegenüber, sahen in ihr aber immerhin eines der möglichen Mittel zur wirtschaftlichen Leistungssteigerung, die nach dem ersten Weltkriege ein besonders dringliches Problem der deutschen Volkswirtschaft war (wie auch heute nach dem zweiten). Schon damals betonten die Gewerkschaften immer, daß eine Beteiligung der Arbeitnehmer erst sinnvoll sein könne, wenn sie mit dem Mitbestimmungsrecht verbunden ist.

Die Diskussion, die bereits in den Jahren 1919 bis 1921, also gleich nach Beginn der zweiten Phase, ihren Höhepunkt erreichte, wurde dann durch die Inflation unterbrochen. Charakteristisch für diesen ersten Abschnitt der zweiten Phase sind die realen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Ethische Erwägungen traten in den Hintergrund.

Nach der Inflation hatte die Beteiligungsidee kaum noch praktische Bedeutung; vereinzelt Experimente fanden in der Weltwirtschaftskrise ein schnelles Ende. Bei den Gewerkschaften versteifte sich infolge der schlechten Erfahrungen die ablehnende Haltung wieder. Statt dessen beschäftigten sich nun vor allem die sozialpolitischen Theoretiker mit den Beteiligungsfragen. Man sah hier ein geeignetes Mittel zur Milderung der sozialen Spannungen, erkannte aber auch immer mehr die Schwierigkeiten und Probleme, die sich bei der Realisierung ergeben. In der wissenschaftlichen Erörterung tauchte dann in den dreißiger Jahren ein neues Element auf, indem sich nun auch die Betriebswirtschaftler für die Beteiligung zu interessieren begannen. So wird also der spätere Verlauf der zweiten Phase durch eine Hinwendung zu den praktischen sozialpolitischen und betrieblichen Problemen gekennzeichnet.

Daneben vollzieht sich eine weitere Entwicklung, die nicht unbemerkt bleiben darf. Schon in den zwanziger Jahren beginnt der Beteiligungsgedanke in antidemokratische Ideologien und Bestrebungen einzudringen und dort bald eine Rolle zu spielen. Nicht von ungefähr findet sich die Gewinnbeteiligung in Großbetrieben als Punkt 14 des Parteiprogramms der NSDAP. Größere Bedeutung erlangte diese Forderung nach 1933 jedoch nicht, da sie sich in die spätere nazistische Lohnpolitik nicht recht einpaßte.

Die Diskussion nach 1945

Nach Kriegsende dauerte es im Gegensatz zur Zeit nach dem ersten Weltkrieg einige Jahre, bevor die Beteiligungsidee wieder aktuell wurde²⁾. Etwa seit 1949 gewann die Diskussion dann eine ständig steigende Bedeutung. Charakteristisch für diese dritte Phase ist die Tatsache, daß sich zunächst alle früher schon in Erscheinung getretenen Argumente wiederholten, sich heute aber doch eine gewisse Klärung und Annäherung der Standpunkte erkennen läßt (abgesehen von einer extremen Gruppe, mit der wir uns noch ausführlicher beschäftigen werden). Das ursprünglich recht heftige Für und Wider scheint im allgemeinen überwunden. Die sachliche Erörterung der konkreten Vor- und Nachteile steht im Vordergrund. Besondere Verdienste sind dabei der Aktivität der Betriebswirtschaftler zuzuschreiben, die sich in ihrer steten Bezogenheit auf die Praxis als heilsames Gegengewicht gegen den bei manchen unkritischen Befürwortern der Beteiligungsidee oft vorhandenen mangelnden Realitätssinn erwiesen haben. Für die Annäherung der Standpunkte ist weiter von Bedeutung, daß die ursprünglich ablehnende Haltung der Gewerkschaften einer kritisch prüfenden gewichen ist.

Der Anstoß für die dritte Phase kam im wesentlichen aus bestimmten Kreisen der deutschen Unternehmer. Die Motive waren dabei durchaus nicht einheitlich.

²⁾ Die Duisburger Kupferhütte entschloß sich zwar schon 1946 zur Einführung ihres sog. Ergebnislohnes, doch kam dieser erst nach der Währungsreform zur Anwendung.

Der sozialetische Beweggrund der Lohngerechtigkeit spielte ebenso eine Rolle wie der Wunsch nach Überwindung der sozialen Spannungen durch eine großzügige betriebliche Sozialpolitik. Der Zusammenbruch 1945 und die soziale Not der ersten Nachkriegsjahre lösten hier Bestrebungen aus, an deren genereller Ehrlichkeit wir nicht zu zweifeln brauchen.

Von großer Bedeutung war, daß amerikanische Einflüsse diesen Bemühungen entgegenkamen. Die Fülle der amerikanischen Errungenschaften auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital war überwältigend. In der Übernahme dieser auf typisch amerikanischem Boden gewachsenen Formen sozialer Zusammenarbeit schoß man dabei in manchen Fällen über das Ziel hinaus. So kam es, daß gelegentlich die Beteiligung der Arbeitnehmer, die in den USA große Erfolge aufzuweisen hat, als soziale Patentlösung proklamiert wurde.

Inzwischen hat sich nun die erste Begeisterung gelegt und in den meisten Fällen ernsthaften Bemühungen Platz gemacht. Abgesehen von manchen Einzeltätigkeiten lassen sich bei den Vertretern der Beteiligungsidee drei große Gruppen erkennen, die zwar untereinander in Beziehungen stehen, aber doch alle drei eine recht unterschiedliche Gestalt in ihrer Arbeit und vor allem ihrer Zielsetzung aufweisen.

Die Vertreter der Beteiligungsidee

An erster Stelle müssen die Kreise genannt werden, die in der Heidelberger *Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsgestaltung e. V.* (ASB) einen gewissen organisatorischen Zusammenhalt gefunden und sich in der Zeitschrift „Mensch und Arbeit“ ein beachtenswertes Publikationsorgan geschaffen haben. Aufgeschlossenheit und ehrliches Ringen um die Probleme kennzeichnen die Bestrebungen dieser Gruppe. Bemerkenswert ist, daß sie politische Erörterungen im allgemeinen vermeidet und statt dessen ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Ausgestaltung der betrieblichen Sozialpolitik legt. Die mannigfachen Fragen der industrial relations und der human relations, wie die amerikanischen Schlagworte für die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen im Betrieb lauten, der Betriebspsychologie, des Ausbildungswesens, der betrieblichen Sozialeinrichtungen, der Arbeitswissenschaft, des Arbeitsrechts, der public relations usw. werden gründlich diskutiert. Meistertreffen und Tagungen für betriebliche Führungskräfte, Personalleiter, Werkzeitleitungsschriftleiter, Berufserzieher, Werkfürsorgerinnen, Werkärzte usw. dienen der Fortbildung und dem Erfahrungsaustausch.

Der Beteiligungsidee wird neben dem Familienlohn und dem Leistungslohn große Beachtung geschenkt. Man befürwortet sie, verkennt aber keineswegs ihre Probleme. Beteiligung der Arbeitnehmer als allgemeine schematische Lösung wird daher abgelehnt.

Die zweite Gruppe legt im Gegensatz zur ASB das Hauptgewicht gerade auf den politischen Aspekt der Beteiligung. Es ist die *Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer*, der es besonders um den Problembereich Unternehmer und Marktwirtschaft zu tun ist. Die Herausstellung der Bedeutung des Unternehmers für die Volkswirtschaft steht im Vordergrund ihrer Tätigkeit. Die Beteiligung der Arbeitnehmer wird hier schon eindeutig als Konkurrenzvorschlag zur gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung gesehen.

Noch stärker ist dies bei der dritten Gruppe der Fall, der *Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft*, die auf Initiative des Textilindustriellen *Gert P. Spindler* gegründet wurde. Sie fußt auf seinen Gedanken über das Mitunternehmertum und kennzeichnet sich in ihrer Zielsetzung und ihrem Auftreten als Variante der bereits in den zwanziger Jahren in Erscheinung getretenen antidemokratischen Richtung der Beteiligungsidee. Dies zeigt sich

weniger in der für die betriebliche Ebene vorgeschlagenen Lösung des Mitunternehmertums, als vielmehr in dem Plan für das überbetriebliche Zusammenwirken der Sozialpartner, der deutlich berufsständische Züge trägt. Hierin wie auch in manchen anderen Äußerungen der Spindlergruppe liegt ein Mißtrauensvotum gegen die Demokratie als Lebensform unserer abendländischen Kultur³⁾.

Im Mitunternehmertum sieht die Spindlergruppe den „dritten Weg“ zwischen der Mitbestimmung im Sinne der Gewerkschaften und den gegebenen Verhältnissen. Das ausgesprochene Ziel dieser Gruppe ist es, ihre Betriebe aus der erwarteten gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung herauszuhalten. Ein weiteres Charakteristikum ist die Tatsache, daß dieser Kreis sich sowohl gegen die Gewerkschaften als auch gegen die herkömmlichen Arbeitgeberverbände richtet. Beiden werden verhärtete Organisations- und Funktionärstandpunkte vorgeworfen. Man glaubt, die sozialen Probleme seien allein auf der betrieblichen Ebene zu lösen.

Die Gewerkschaften haben allen Grund, diesen Bestrebungen mit berechtigtem Mißtrauen gegenüberzustehen. Vor allem wegen der von Spindler selbst herausgegebenen Wochenzeitung „Der Fortschritt“, deren eindeutig antidemokratische und neofaschistische Tendenzen bereits von zahlreichen Seiten mit Bedenken festgestellt wurden.⁴⁾

Zusammenfassend läßt sich zu den heutigen Vertretern des Beteiligungsgedankens sagen, daß die Diskussion ohne diese dritte Gruppe wesentlich einfacher wäre. So sind die von der ersten Gruppe, die sich auf die soziale Betriebspraxis beschränkt, in ernsthafter Auseinandersetzung gewonnenen Erkenntnisse auch für die Gewerkschaften durchaus akzeptabel. Mit der dritten Gruppe wird es dagegen kaum zu einem fruchtbaren Gespräch kommen. Vielleicht ist dies auch gar nicht nötig, da die Anhänger des Mitunternehmertums innerhalb der Arbeiterschaft einer weitgehenden Ablehnung begegnen.

Die Stellung der Arbeitgeberverbände

Zwischen der Spindlergruppe und den Arbeitgeberverbänden sind unverkennbare Spannungen vorhanden. Einige Spindleranhänger sind ostentativ aus den Verbänden ausgetreten. Die Stellungnahme der Verbände ist daher von besonderem Interesse.

Es zeigt sich, daß man von dieser Seite sich zunächst abwartend verhielt. Als die Beteiligungsidee sich weiter ausbreitete, ging man dann zu einer umfassenden Diskussion über. Die Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber“, brachte in den letzten beiden Jahren zahlreiche Aufsätze über allgemeine Fragen sowie in- und ausländische Erfahrungen. Die Grundhaltung dieser Diskussion war kritisch, die Realisierungsprobleme wurden besonders betont. Große Beachtung fand die Auseinandersetzung des Hauptschriftleiters, *Dr. Paul Osthold*, mit dem Experiment der Duisburger Kupferhütte, das er restlos ablehnte. Diese Stellungnahme war um so bemerkens-

3) Selbst ein so angesehenes Organ wie das „Handelsblatt“ konnte darum kürzlich nicht umhin, in einem Leitartikel, betitelt „Ein falscher Weg“, die demokratiefeindliche Haltung des Spindlerkreises zu kritisieren und abzulehnen (vergl. Handelsblatt Nr. 21 vom 20. Februar 1952).

4) Daß diese Zeitung, für deren Herausgabe Spindler einen eigenen Verlag gründete, tatsächlich das wirkliche Anliegen seiner Pläne zum Ausdruck bringt, beweist der am Schluß seines Buches „Mitunternehmertum“ (Lüneburg 1951) befindliche Hinweis: „Das Wesen der Spindlerschen Ideen kann nicht nur von der Seite des Mitunternehmertums aus gesehen werden, wenn dies auch der Kern seiner großen Sozialreform ist. Um Gert Spindler ganz zu verstehen und in seine umfassende Konzeption tiefer einzudringen, muß man sich auch mit seinen periodischen Veröffentlichungen befassen, die in der von ihm herausgegebenen Wochenzeitung ‚Der Fortschritt‘ erscheinen.“ Die Gewerkschaften haben gegen dieses Organ wiederholt Stellung bezogen. So z. B. Otto Stolz in einem Artikel, betitelt „NS-Schmierfinken“, in der „Welt der Arbeit“, Nr. 21 vom 25. Mai 1951. Weitere Auseinandersetzungen mit Spindler und seinen Plänen brachte die „Welt der Arbeit“ am 23. Februar, 11. Mai, 28. September und 30. November 1951.

wert, als die idealistischen ethisch-sozialpolitischen Motive, die diesem Experiment zugrunde liegen, einwandfrei feststanden⁵⁾. Daß im weiteren Verlauf den handfesten politischen Motiven der Spindlergruppe noch schärfer entgegengetreten wurde, ist nicht verwunderlich, zumal die Verbände von dieser Seite heftigen Angriffen ausgesetzt waren.

Zur Fundierung ihrer Stellungnahme führte dann die Bundesvereinigung eine Umfrage über die praktischen Erfahrungen mit der Gewinnbeteiligung bei 300 Großbetrieben durch. Diese außerordentlich geschickte Maßnahme zeitigte die erwarteten Ergebnisse, die dem Stand der wissenschaftlichen Diskussion entsprachen. Sie wurden von Dr. *Franz Spiegelhalter*, der mit der Auswertung beauftragt war, in einer sehr interessanten Aufsatzreihe im „Arbeitgeber“ veröffentlicht⁶⁾.

Von den 300 Betrieben äußerten sich 252, während sich 48 eines Urteils enthielten. Da die Antworten sehr ausführlich waren und oft mehrere Stellungnahmen sowie Vorschläge für bessere Möglichkeiten enthielten, wurden sie nach Argumentengruppen gegliedert. Dies ergab bei den 252 Betrieben 324 verschiedene Gesichtspunkte, die in folgender Weise zusammengefaßt werden konnten⁷⁾: Die Gewinnbeteiligung wurde *vorwiegend bejaht* von 36 Betrieben (davon mit Einschränkung von 19 Betrieben), *vorwiegend abgelehnt* von 288 Betrieben (davon mit Einschränkung von 124 Betrieben). Aus den 19 Betrieben mit einschränkender Bejahung und den 124 mit bedingter Ablehnung wurde darüber hinaus eine Mittelgruppe von insgesamt 143 Betrieben gebildet, „die zwar den Beteiligungsgedanken als solchen bejahen, die aber gegenüber den Formen noch verschiedener Meinung sind. Während die 19 Betriebe glauben, bei entsprechenden Vorkehrungen aus der üblichen Beteiligung am Geschäftsgewinn etwas machen zu können, sind die 124 Betriebe gegenüber der üblichen Gewinnbeteiligung skeptischer. Dafür bringen sie jedoch zumeist andere Formen einer Beteiligung in Vorschlag: 1. eine stärker an die Leistung gebundene Ertragsbelohnung der Arbeitnehmer, 2. eine aus der Weihnachtsgratifikation abgeleitete stabilere Prämierung der Belegschaft, 3. eine weniger streng durchgeführte Beteiligung der Belegschaft über soziale Einrichtungen“⁸⁾.

Wenn diese Ergebnisse zweifellos auch der Bundesvereinigung erwünscht waren, so dürften sie doch ein ziemlich genaues Bild der tatsächlichen Verhältnisse geben. Die Bevorzugung der sozialen Betriebseinrichtungen (wie Altersversorgung, Werkwohnungsbau, Werkfürsorge usw.) und der leistungsgebundenen Prämien war schon vorher durch die wissenschaftliche Erörterung der Beteiligungsprobleme festgestellt worden. Sie hat hier nun eine eindrucksvolle zahlenmäßige Untermauerung gefunden. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis nicht uninteressant, daß die Gewerkschaften der kollektiven Gewinnbeteiligung in Form betrieblicher Sozialeinrichtungen heute durchaus positiv gegenüberstehen.

Wenn wir die Stellungnahme der Arbeitgeberverbände zusammenfassend zu charakterisieren versuchen, so läßt sie sich vielleicht als kritisch und realitätsnah kennzeichnen. Man glaubt hier, daß die Gewinnbeteiligung nur als betriebsindividuelle Maßnahme erfolgreich sein kann, wenn dafür die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind. Vor einer Verallgemeinerung wird gewarnt. Bevorzugt werden Leistungsprämien und betriebliche Sozialpolitik. Scharf ab-

5) Die Duisburger Kupferhütte hat die im „Arbeitgeber“ erschienene Diskussion zwischen ihr und Dr. Osthold in einem Sonderdrucke herausgebracht: Kuß-Osthold-Heinz. Mitbestimmung und gerechter Lohn als Elemente einer Neuordnung der Wirtschaft. Ein Gespräch, Duisburg 1951.

6) Eine erweiterte Fassung erschien als Broschüre: Franz Spiegelhalter, Gewinnbeteiligung. Illusionen und Möglichkeiten (9. Beiheft zu „Mensch und Arbeit“), München-Düsseldorf 1951.

7) Nach Spiegelhalter, a. a. O., S. 37/38.

8) Ebenda, S. 38.

gelehnt wird das Mitunternehmertum, die heute gängige Form der Kapitalbeteiligung⁹⁾).

Die Stellung der Gewerkschaften

In der Haltung der deutschen Gewerkschaften gegenüber der Beteiligungs-idee hat sich ein gewisser Wandel vollzogen. An die Stelle der früheren Ablehnung (abgesehen von der Kollektivbeteiligung der Belegschaft) ist eine kritisch prüfende Haltung getreten.

Zwei Ursachen lassen sich hierfür erkennen. Die erste liegt in den seit jeher befürchteten Folgen der Individualbeteiligung für die gewerkschaftliche Solidarität. Wo die Ergebnisse der Individualbeteiligung ein gewisses Maß erreichen, etwa einen Monatslohn und mehr, scheinen die Vorteile eines solchen Systems zu offensichtlich, als daß sie nicht zu einer gewissen Begeisterung der beteiligten Arbeitnehmer führten. Die Lohntütenperspektive verhindert hier die Einsicht, daß die Gewerkschaftspolitik dem Gesamtinteresse der Arbeitnehmer dient, und darum die Vorteile einiger weniger hinter den Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage aller zurückzustehen haben.

Gewinnbeteiligte Arbeitnehmer sind nun aber leicht geneigt, sich der Gewerkschaftspolitik gegenüber passiv oder sogar ablehnend zu verhalten. So sind Fälle vorgekommen, daß die Betriebsräte solcher Unternehmen gegen die gewerkschaftliche Ansicht in der Beteiligungsfrage Stellung genommen haben. Die Gewerkschaften selbst haben diese Tatsache nie verheimlicht¹⁰⁾.

In richtiger Erkenntnis dieser Zusammenhänge sind die Gewerkschaften darum auch der Diskussion nicht ausgewichen. Ohne daß bereits eine offizielle Stellungnahme vorliegt, läßt sich erkennen, daß ihre Haltung heute eine andere ist als noch vor zwei Jahren.

Die zweite Ursache für diesen Wandel ist der amerikanische Einfluß. Auf die erste große Welle, die von den Unternehmern so begeistert und oft wenig kritisch aufgenommen wurde, folgte eine abgeschwächte zweite, die ihre Wirkungen bei den Gewerkschaften ausübte. Die Amerikaner zeigen sich von der deutschen Auffassung des Mitbestimmungsrechts beeindruckt, und die deutschen Gewerkschaften werden durch die verschiedenen Formen sozialer Zusammenarbeit angeregt, wie sie seit längerem in den USA praktiziert werden. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß gerade mit der Gewinnbeteiligung in den USA teilweise schon weitgehende Formen der Mitbestimmung verbunden sind, die heute in Deutschland von den Unternehmern noch beharrlich verteidigt werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das ECA-Produktivitätsprogramm, das direkt auf die Kritik der amerikanischen Gewerkschaften an der bisherigen Handhabung bei der Verteilung der Marshallplanmittel zurückgeht. Es sieht die Bildung von Produktivitätsausschüssen vor, in denen die Gewerkschaften angemessen vertreten sind, und die künftig die Verteilung der ameri-

9) Die Frontstellung der Arbeitgeberverbände gegen das Mitunternehmerprogramm der Spindlergruppe geht aus dem letzten Jahresbericht der Bundesvereinigung eindeutig hervor: „Während von einzelnen Persönlichkeiten in Verkennung der grundsätzlichen Problematik lediglich aus ihrer betrieblichen Beobachtungssphäre heraus der Verallgemeinerung einer Gewinnbeteiligungsform das Wort geredet wurde, deren Bewährung selbst für den Einzelfall noch völlig offensteht, war die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einer Umfrage zunächst an die Großbetriebe der verschiedenen Branchen unmittelbar herangetreten, um aus dem Erfahrungsbereich möglichst vieler Einzelbetriebe ein objektives Bild von der Problematik einer Partnerschaft, insbesondere der Gewinnbeteiligung, zu erstellen. . . . Es ist aus den Ergebnissen der Umfrage von vornherein deutlich geworden, daß die Gesamtproblematik der Gewinnbeteiligung niemals aus den Einzelexperimenten abgelesen werden kann. . . . Es ist recht aufschlußreich, daß die von der Umfrage erfaßten 300 Betriebe zu mehr als 80 vH. aus gewichtigen Gründen gerade jene Formen einer strengen Gewinnbeteiligung ablehnen, die von den Vertretern des „Mitunternehmertums“ ursprünglich nahezu als Allheilmittel der sozialen Frage propagiert worden sind.“ Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1950/51, S. 111/112.

10) Vgl. hierzu den Fall Südchemie („Welt der Arbeit“, Ausgabe Bayern, Nr. 45 vom 9. November 1951) oder den Fall Union-Werke, bei dem sogar Austritte aus der Gewerkschaft erfolgten („Welt der Arbeit“, Ausgabe Württemberg-Baden, Nr. 10 vom 9. März 1951). Auch bei den Spindlerwerken sind Gewerkschafts Austritte vorgekommen, wie überhaupt das Mitunternehmertum eine stark isolierende Wirkung ausübt.

kanischen Auslandshilfe unmittelbar an die Betriebe vornehmen sollen¹¹). Zur Erreichung der Ziele dieses Programms ist der Gewinnbeteiligung als Antriebsmittel eine wichtige Rolle zugeacht.

Die Gefahr, daß hier amerikanische Verhältnisse ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden, ist vielleicht nicht ganz von der Hand zu weisen. Diese unzulässige Vereinfachung hat schon mehrfach zu Komplikationen geführt, so z. B. in der Kartellfrage und bei der Gewerbefreiheit. Den deutschen Gewerkschaften wird dann die Aufgabe zufallen, den etwaigen Übereifer ihrer amerikanischen Kollegen auf ein gesamtwirtschaftlich tragbares Maß zu reduzieren. Insgesamt sind jedenfalls Anzeichen dafür erkennbar, daß die Gewerkschaften zukünftig der Beteiligung eine größere Beachtung schenken werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Was können wir nun als Ergebnis unserer bisherigen Ausführungen festhalten? Am bedeutsamsten ist wohl, daß heute in Deutschland Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eine annähernd gleiche Haltung in der Beteiligungsfrage einnehmen. Beide lehnen die Beteiligung als allgemeine Patentlösung ab, erkennen aber ihre Bedeutung für den einzelnen Betrieb an, sofern hierfür günstige Voraussetzungen vorliegen. Ebenfalls gemeinsam ist beiden die skeptische Beurteilung der Kapitalbeteiligung (Mitunternehmertum) und die Bevorzugung der kollektiven Gewinnbeteiligung (betriebliche Sozialpolitik) und der leistungsgebundenen Prämien. Daß sich dieser Standpunkt auch mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen deckt, wie sie vor allem von betriebswirtschaftlicher Seite und der Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsgestaltung entwickelt wurden, ist dabei besonders beachtenswert und läßt erwarten, daß dieses von verschiedenen Seiten gewonnene Ergebnis wirklich eine gewisse Allgemeingültigkeit für unsere heutige Situation besitzt.

Demgegenüber werden die Thesen der extremen Vertreter des Beteiligungsgedankens, also im wesentlichen der Spindlergruppe, trotz ihrer propagandistischen Aktivität nur wenig Aussicht auf bleibenden Erfolg haben. Wie der überwiegenden Mehrzahl aller Experimente in der Vergangenheit, wird die wirtschaftliche Entwicklung wahrscheinlich auch diesen Versuchen einer individuellen Gewinn- und Kapitalbeteiligung den Garaus machen. Ihre bisherigem Erfolge würden sich dann als Scheinerfolge erweisen.

Werfen wir abschließend noch einen Blick auf den vermutlichen weiteren Verlauf der Beteiligungsdiskussion. Natürlich lassen sich hier nur Tendenzen aufzeigen. Aber es gibt immerhin einige Fragestellungen, deren Erörterung bisher zu kurz kam.

Die Auseinandersetzung mit den extremen Vertretern wird notgedrungen weitergehen, obwohl sie kaum zu neuen Erkenntnissen führen wird, da sich hier Erfahrungstatsachen und Doktrinarismus gegenüberstehen.

Die sachliche Diskussion wird sich mit einigen Punkten weiterzubeschäftigen haben und dabei sicherlich noch zu vertieften Einsichten gelangen. Das gut einmal für die betriebswirtschaftlichen Aspekte der Beteiligung, denn ihre Anwendung im konkreten Fall gibt bereits genug Schwierigkeiten auf. Man kann sogar sagen, daß mit der Entscheidung für ein bestimmtes System der Beteiligung die Probleme praktisch erst beginnen¹²).

11) Vgl. hierzu „Welt der Arbeit“, Nr. 45 vom 9. Nov. 1951 (Wer Wohlstand schafft, soll im Wohlstand leben!) und Nr. 50 vom 14. Dez. 1951 (Den Arbeiter am Ertrag seiner Arbeit beteiligen).

12) Vgl. hierzu vor allem die zahlreichen Aufsätze in der „Zeitschrift für Betriebswirtschaft“, die dankenswerterweise auch in einem erweiterten Sonderheft erschienen sind: Die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer. Vom Wunsch zur Wirklichkeit, Wiesbaden 1951. — Ferner Walter Wolff, Möglichkeiten und Grenzen der Gewinnbeteiligung, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 2. Jahrg., Heft 12 (Dezember 1951) sowie den Aufsatz des Verfassers, Zur Problematik der Gewinnbeteiligung, ebenda, 1. Jahrg., Heft 6 (Juni 1950).

Die sozialpolitische Seite der Beteiligung bietet ebenfalls noch genügend Stoff zur Diskussion. Ein besonders heikles Problem, das gerade im Hinblick auf die Extremisten einer sehr gründlichen Analyse und Klärung bedarf, wurde hier noch viel zu wenig gesehen. Es ist die von Tilders erst kürzlich in ihrer ganzen Bedeutung charakterisierte Gefahr des totalen Betriebes¹³⁾.

Vielleicht noch wichtiger als die weitere Erörterung der betriebswirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen wird die Diskussion der volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligung sein. Dieser Aspekt wurde, obwohl er mit den beiden erstgenannten in sehr engem Zusammenhang steht, bisher viel zu wenig behandelt. Erst in jüngster Zeit findet er zunehmende Beachtung¹⁴⁾.

Zu diesen volkswirtschaftlichen Fragen gehört vor allem das Problem der Gewinnentstehung, dessen eingehende Erörterung die Unternehmenseite bisher offensichtlich vermieden hat. Tatsache ist, daß im wesentlichen nur Betriebe mit einer gewissen Monopolstellung eine Individualbeteiligung auf die Dauer erfolgreich durchführen können, da nur sie den Marktschwankungen gegenüber einigermaßen stabil sind. Genaue Untersuchungen über diese Verhältnisse sind für die zukünftige Diskussion eine dringliche Aufgabe. Gerade bei den Betrieben, die sich heute durch große Erfolge mit der Gewinnbeteiligung auszeichnen, wird gewissenhaft zu prüfen sein, woher die Gewinne stammen. Wichtig ist hierbei in erster Linie die Feststellung des Marktanteils dieser Betriebe und der Vergleich mit Zahl und Marktanteil ihrer Konkurrenten. Die Gewerkschaften werden mit Recht jede Sonderform der Gewinnbeteiligung ablehnen, die letztlich auf Kosten der Gesamtheit geht.

Zu diesen noch ungeklärten Problemen gehört übrigens auch die steuerliche Behandlung der Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Für individuelle und gesamtwirtschaftliche Belange ist es nicht unwichtig, in welcher Weise die Anteile steuerlich erfaßt werden. Gelegentlich wurde bereits die Vermutung geäußert, daß die Beteiligung für den Unternehmer die sehr realen Vorteile beträchtlicher Steuerersparnis und billigen Leihkapitals hat¹⁵⁾.

Manche dieser noch zu klärenden Fragen, insbesondere das Monopolproblem, werden größere statistische Erhebungen erfordern. Die beste Lösung wäre hier wohl eine umfassende Umfrage, die natürlich nur von einem paritätisch besetzten Gremium unter neutraler Leitung und möglichst auch staatlicher Förderung durchgeführt werden könnte.

Und nicht zuletzt sind auch die Zusammenhänge zwischen Beteiligung und Mitbestimmung noch lange nicht genügend herausgestellt. Wo die Beteiligungs-idee der Verwirklichung einer echten Partnerschaft im Betriebe — und dies ist heute erste Voraussetzung für die so notwendige Steigerung der Produktivität — dienen soll, wird sie auch vom Standpunkt der Gewerkschaften zu begrüßen sein. Echte Partnerschaft heißt aber Mitbestimmung, die ja nichts anderes ist als das gleichberechtigte Zusammenwirken aller Betriebsangehörigen für den Betriebszweck¹⁶⁾.

13) Vgl. Theo Tilders, Mitunternehmertum und gesamtwirtschaftliche Verantwortung, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 2. Jahrg., Heft 12 (Dezember 1951), S. 682.

14) Vgl. hierzu Heinz Umreth, Produktivitätssteigerung und Vermögensbildung, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 3. Jahrg., Heft 3 (März 1952), ferner Erich Potthoff, Gewinnbeteiligung und gesamtwirtschaftlicher Haushalt, „Sozialer Fortschritt“, 1. Jahrg., Heft 1 (Januar 1952) und Franz Spiegelhalter, Die Gewinnbeteiligung und das Gesamtwohl, ebenda, 1. Jahrg., Heft 2 (Februar 1952).

15) Vgl. „Welt der Arbeit“, Ausgabe Nordrhein-Westfalen, Nr. 19 vom 11. Mai 1951 (Steuerbegünstigte Partnerschaft?).

16) „Wir können nicht erwarten, unsere Produktion und unsere Produktivität wirklich entscheidend am steigern, wenn es nicht gelingt, das gesamte soziale Klima in den Betrieben und über die Betriebe hinaus in der gesamten Wirtschaft entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung neu zu gestalten“, heißt es in dem programmatischen Aufsatz von Hans vom Hoff, Probleme der Lohnpolitik, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 3. Jahrg., Heft 2 (Februar 1952), S. 75.